

Dringliche Anfrage

Hannover, den 13.05.2019

Fraktion der FDP

Einführung einer Impfpflicht

Der HAZ vom 15. Juli 2013 war zu entnehmen, dass es damals zwischen der Bundesregierung und der Landesregierung zu einem „Streit um Impfpflicht bei Masern“ gekommen war. Der damalige Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hatte sich für eine bundesweite Impfpflicht bei Masern stark gemacht, die damalige niedersächsische Gesundheitsministerin Cornelia Rundt (SPD) dagegen hatte betont, dass sie nicht auf Impfpflicht, sondern auf Vernunft setze.

Diese Linie wurde seitens der SPD bis vor Kurzem vertreten. So äußerte sich Gesundheitsministerin Carola Reimann (SPD) noch am 7. Mai 2019 dahin gehend, dass der Hildesheimer Fall zeige, „dass eine Impfpflicht für Kinder am eigentlichen Problem vorbeigeht“ (vgl. HAZ vom 9. Mai 2019), und wiederholte dies am 8. Mai 2019 gegenüber dem NDR mit der Aussage, dass eine Impfpflicht schon im Kindesalter, wie sie u. a. von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gefordert wird, nicht notwendig sei (vgl. https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weserleinegebiet/Tod-nach-Masern-Reimann-weiter-gegen-Impfpflicht,masern270.html).

Am 9. Mai 2019 war dann der HAZ zu entnehmen: „Die niedersächsische SPD gibt ihren Widerstand gegen eine Masernpflichtimpfung auf. Nachdem eine Frau aus dem Landkreis Hildesheim vermutlich an der hoch ansteckenden Krankheit gestorben ist, hat Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) seine Zustimmung signalisiert“ (vgl. HAZ vom 9. Mai 2019).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Worauf ist die veränderte Bewertung zurückzuführen?
2. Wie genau sollte diese Impfpflicht für Masern ausgestaltet sein?
3. Was spricht aus Sicht der Landesregierung dafür, die Impfpflicht nicht nur auf Masern zu beschränken, sondern eine grundsätzliche Impfpflicht einzuführen, die sich nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission des Robert Koch-Instituts richtet?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 13.05.2019)